

## **Vortrag an den Ministerrat**

### **EU; Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 22. Februar 2021; Bericht**

Am 22. Februar 2021 fand in Brüssel eine Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (RAB) statt. Die Tagesordnung umfasste die Punkte Laufende Angelegenheiten, Russland und Hongkong. Der Tagesordnungspunkt Strategischer Kompass wurde aus Zeitgründen verschoben.

#### **Laufende Angelegenheiten**

Unter dem Tagesordnungspunkt Laufende Angelegenheiten wurden vom Hohen Vertreter und Vizepräsidenten der Europäischen Kommission (HV/VP), Josep Borrell, Myanmar, das G5-Sahel-Gipfeltreffen, Belarus, Iran/JCPOA, die Südliche Nachbarschaft, Multilateralismus, Äthiopien, COVID-19, der Westbalkan sowie die Türkei angesprochen.

Zu Belarus habe ich auf mangelnde Ergebnisse der bisherigen EU-Politik gegenüber Minsk hingewiesen und betont, dass die EU nicht nur die Sprache von Sanktionen sprechen dürfe. Weiters habe ich mich nach dem Status der Umsetzung des EU-Unterstützungspakets für die Zivilgesellschaft in Belarus erkundigt und die Kommission um ein Update zur Frage der Finanzierung ersucht. Darüber hinaus habe ich angemerkt, dass Österreich Runde Tische mit der Opposition und Zivilgesellschaft abgehalten hat, sowie ein Seminar mit OppositionsvertreterInnen und ExpertInnen der Venedig-Kommission des Europarats zum Thema Verfassungsreform plant.

Bei der Diskussion zum Iran/JCPOA habe ich die Bedeutung einer EU-Unterstützung für die Bemühungen der E3-Außenminister hervorgehoben und betont, dass Wien neuerlich als Ort für die Abhaltung möglicher Verhandlungen bereitsteht.

In Bezug auf den Westbalkan habe ich eine umfassende Diskussion im RAB zum Westbalkan angeregt, da die Region nicht nur aus der Erweiterungsperspektive behandelt werden sollte.

Im Zusammenhang mit Äthiopien verwies ich auf meine Äthiopienreise im Jänner, bei der ich die gemeinsamen EU-Forderungen nach einer sofortigen Einstellung aller Kampfhandlungen, uneingeschränktem humanitären Zugang, einer unabhängigen Untersuchung aller Berichte über Menschenrechtsverletzungen und einem Eingehen auf die Vermittlungsangebote der Afrikanischen Union (AU) übermittelt habe. Weiters informierte ich, dass ich meinen GesprächspartnerInnen im Zusammenhang mit dem Großen Äthiopischen Renaissance-Staudamm (GERD) eine Fact-Finding Mission zur Donau-Kommission vorgeschlagen habe, was aber von Äthiopien abgelehnt wurde. Ich wies auch darauf hin, dass die Spannungen rund um den GERD zu einem großen Problem in der Region werden können.

### **Russland**

HV/VP Josep Borrell berichtete über seine Moskau-Reise vom 4.-6. Februar, in deren Verlauf klar zum Ausdruck gekommen sei, dass Russland mit der EU nicht über Menschenrechte und den Nawalny-Fall sprechen wolle und an einem Engagement mit der EU generell kein Interesse habe, sondern eine Bilateralisierung der Beziehungen anstrebe. Der Kommissar für Nachbarschaft und Erweiterung, Olivér Várhelyi, verwies auf die fortgesetzte Unterstützung der russischen Zivilgesellschaft.

Die EU-Mitgliedsstaaten betonten die Bedeutung von EU-Einheit, bekräftigten die fünf Leitlinien und sprachen HV/VP Borrell ihre Unterstützung aus. Der HV/VP fasste die Diskussion bei Aufrechterhaltung der fünf Leitlinien mit „*push back, contain & engage*“ zusammen und stellte politische Einigkeit in Bezug auf die rasche Verabschiedung restriktiver Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Nawalny-Fall im Rahmen des Menschenrechts-Sanktionenregimes fest.

### **Hongkong**

HV/VP Josep Borrell schlug für den Umgang mit der sich weiter verschlechternden Situation in Hongkong einen zweiphasigen Ansatz vor: unmittelbare Maßnahmen in Reaktion auf die Massenverhaftungen seit Jänner und mittelfristige Maßnahmen, sollte China weitere antidemokratische und die Unabhängigkeit der Justiz unterminierende Schritte setzen. Mehrere EU-Mitgliedstaaten betonten die Bedeutung einer fortgesetzten Umsetzung der Ratschlussfolgerungen zu Hongkong vom Juli 2020, teilten die Einschätzung des HV/VP zur Lageentwicklung in Hongkong und begrüßten weitgehend die im EAD-Non-Paper vorgeschlagenen kurz- und mittelfristigen Maßnahmen. Ein EU-Mitgliedsland schlug vor, Hongkong ohne Reziprozitätserfordernis auf die Positivliste betreffend COVID-19-Einreisebeschränkungen aus Drittstaaten zu setzen.

### **Strategischer Kompass**

Der Tagesordnungspunkt wurde aus Zeitgründen verschoben.

## Sonstiges

HV/VP Josep Borrell sprach Italien anlässlich des Anschlags auf einen Konvoi des Welternährungsprogramms in der Demokratischen Republik Kongo, im Zuge dessen der dortige italienische Botschafter ums Leben gekommen war, sein Beileid aus. HV/VP und VP Margaritis Schinas verwiesen auf die für 15. März geplante informelle Videokonferenz der Außen- und InnenministerInnen zu externen Aspekten der Migration. Ich begrüßte die geplante Abhaltung der Videokonferenz und betonte, dass dies kein einmaliges Treffen sein solle. Migration ist ein Zukunftsthema und spielt in den bilateralen Beziehungen eine große Rolle. Angesichts diverser Trends (demografische Entwicklung, Auswirkungen des Klimawandels etc.) besteht hier eindeutig Handlungsbedarf.

Estland informierte über das hochrangige VN-Sicherheitsratstreffen „*7 years of the violations of Ukraine's sovereignty and territorial integrity*“ am 12. März. Spanien berichtete über einen Piraterievorfall im Golf von Guinea am 9. Februar und rief die beim letzten RAB angenommenen Ratschlussfolgerungen zum Konzept koordinierter maritimer Präsenzen in Erinnerung. Spanien betonte auch die Notwendigkeit humanitärer Unterstützung der venezolanischen Zivilgesellschaft betreffend COVID-19-Impfungen.

Der Rat nahm Schlussfolgerungen zu Myanmar, EU Prioritäten in VN-Menschenrechts-gremien im Jahr 2021 sowie zu einer menschenrechtsbasierten Erholung nach COVID-19 an.

Zusätzlich wurden [u.a.] vom Rat angenommen:

- EU-Billigung der Charta der Koalition für katastrophenresistente Infrastruktur (Coalition for Disaster Resilient Infrastructure – CDRI)
- Abkommen mit Thailand über die Änderung der Zollkontingente der EU in der WTO-Liste nach dem Brexit
- Beschluss des Rates zur Ermächtigung zur Aufnahme von Verhandlungen mit der Mongolei über ein Abkommen über geografische Angaben
- Beschluss des Rates über den im Rahmen des Handelsübereinkommens mit Kolumbien, Peru und Ecuador eingerichteten Handelsausschuss zu vertretenden Standpunkt der EU zum öffentlichen Beschaffungswesen
- Chinesische Sanitäre und Phytosanitäre (SPS) Maßnahmen – Vorgeschlagenes Vorgehen
- Leitlinien für Menschenrechtsdialoge mit Partner-/Drittländern
- Stabilitäts- und Assoziationsrat EU-Albanien, Festlegung des Standpunkts der EU

Ich stelle daher den

**Antrag,**

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

1. April 2021

Mag. Alexander Schallenberg, LL.M  
Bundesminister